

Protokoll der Delegiertenversammlung

24. Juni 2017, 10.30 – 15.00 Uhr, Freiburg

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Olga Baranova

Anwesend: 180 Delegierte und ca. 35 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

1. Eröffnungsgeschäfte

Flavia Wasserfallen eröffnet die Delegiertenversammlung.

Grussbotschaft von **Benoît Piller**, Parteipräsident SP Kanton Freiburg. Der Sprechende geht unter anderem auf die Thematik Gesundheitspolitik ein.

Grussbotschaft von **Thierry Steiert**, Stadtpräsident Freiburg. Der Sprechende betont die Wichtigkeit der Zweisprachigkeit für die Identität der Stadt Freiburg.

Wahl der StimmenzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Karin Mader wird stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Schlussdokumentation

In der Schlussdokumentation sind nochmals sämtliche Papiere enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen/Hinweise:

Unter Traktandum 7, Schwerpunkt Gesundheitspolitik ist ein Antrag der Coordination Romande eingegangen: A-2 auf Unterstützung der Initiative „Für ein von den Krankenkassen unabhängiges Parlament“.

Unter Traktandum 10, Resolutionen, Anträge und Wahlgeschäfte sind neu folgende Resolutionen enthalten: R-3 SP60+: EL-Reform – Zurück an den Absender! und R-4 Lempert et al: Für eine Luftpolizei und gegen die Missachtung der Demokratie!

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Tagesordnung wird bei einigen Enthaltungen genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen beim Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden.

Protokoll der DV vom 1. April 2017 in Castione

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 1. April 2017 in Castione. Dieses kann unter www.sp-ps.ch heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit Dank an den Verfasser Simon Roth genehmigt.

2. Mitteilungen

Leyla Gül weist auf den aktuellen Stand der Unterschriftensammlung zur Transparenzinitiative hin. Zudem teilt sie mit, dass das Sekretariat der SP Schweiz umziehen wird und die Sommeruni wiederum stattfinden wird.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Christian Levrat (Präsident SP Schweiz) begrüsst zuerst die anwesenden Genossinnen und Genossen. Anschliessend erinnert er an die politischen Wurzeln des Kantons Freiburg. Er kommt ebenfalls auf die jetzige Legislatur zu sprechen, die er als positiv empfindet und erinnert an den Wahlsieg in der Waadt (Staatsrat).

USR3, Ladenöffnungszeiten: wir können die Bürgerlichen da schlagen, wo sie versuchen, ihre Politik durchzusetzen. Er vergleicht die FDP und die SVP mit zwei aggressiven Elefanten, die alles niedertrampeln, was irgendwie an soziale Politik erinnert.

Er kommt ebenfalls auf die Altersvorsorge zu sprechen. Er erinnert daran, dass auch die Jungen davon profitieren werden. Die Verbesserungen bei der Reform sind ebenfalls für Frauen wichtig: unter anderem die, die Teilzeit arbeiten. Die Bürgerlichen möchten, dass die Rentenreform an der Urne scheitert, um das Rentenalter massiv anzuheben.

4. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung vom 24. September 2017

Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative „Für Ernährungssicherheit“)

Beat Jans (NR BS) begründet die JA-Parole aber erinnert daran, dass diese Verfassungsänderung überhaupt keine Änderungen nach sich zieht. Die Initiative gab es wegen interner Probleme des Bauernverbandes. Der direkte Gegenentwurf spricht über internationale Handelsbeziehungen, die nachhaltig ausgebaut werden müssen. In diesem Sinne ist der Text fortschrittlich. Die landwirtschaftliche Produktion muss ebenfalls „standortangepasst“ und „ressourceneffizient“ sein. Es ist in diesem Sinne keine Initiative für eine Intensivierung der Landwirtschaft. Das dritte Argument betrifft den Foodwaste-Aspekt, der in dem Text explizit erwähnt wird. Aus diesen Gründen empfiehlt die Geschäftsleitung die Ja-Parole.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig (142 Stimmen), ohne Gegenstimmen und 1 Enthaltung die Ja-Parole.

5. Abstimmung über Altersvorsorge 2020 (Zustimmung durch Urabstimmung vom 29. April 2017 festgelegt)

Flavia Wasserfallen: Erinnert an die reibungslose Urabstimmung und dankt allen, die sich daran beteiligt haben. Das Resultat der Urabstimmung ist klar und die SP wird einen engagierten Wahlkampf führen, um diese gute Reform durchzubringen. Sie gibt das Wort mehreren Genossen, die Ihre Argumente für die Rentenreform vorstellen.

Elisabeth Burgener (Aargau): Die Reform ist eine Chance, die AHV zu stärken.

Alizée Rey (Freiburg) erinnert an die Wichtigkeit der Reform für die junge Generation.

Heinz Gilomen (SP60+, Freiburg): begründet seine Unterstützung für die Rentenreform damit, dass es ein wichtiger Schritt für die Gestaltung der Zukunft der sozialen Versicherungen in der Schweiz ist.

Vera Ziswiler (Zürich): Die Reform bringt entscheidende Verbesserungen für Frauen.

6. Rede Alain Berset

Alain Berset (Bundesrat, FR) betont, dass die anstehende Reform ein wichtiger sozialpolitischer Schritt ist. Er sprach zudem steigende Krankenkassenprämien an und erläutert die Tarmed-Reform.

7. Schwerpunkt: Gesundheitspolitik

Mit einer Diashow zu Initiativen und Referenden auf nationaler (öff. Krankenkasse, „Managed Care“) und kantonaler Ebene und zu Gesundheitsthemen insgesamt wird ins Traktandum eingestiegen.

Gesundheitstalk mit: Flavia Wasserfallen (Moderation), Anna Sax (Gesundheitsökonomin), Miriam Grädel (Ärztin), Rachel Jenkins (Pflegefachfrau)

Positionspapier der SP Schweiz: Teurer Wettbewerb „Für ein starkes öffentliches Gesundheitswesen“

Marina Carobbio (NR TI): Das Gesundheitswesen ist grossem Druck ausgesetzt und wird vermehrt zur Profitgenerierung verwendet. Es wird ebenfalls Druck auf das Versicherungswesen ausgeübt, damit die Versicherten, wie bei der Haftpflichtversicherung, mehr Haftung für Risiko übernehmen. Was die Privatisierung im Gesundheitswesen betrifft, haben die Kantone mit vermehrt privaten Krankenhäusern die höchsten Gesundheitskosten.

Barbara Gysi (NR SG): Der Wettbewerb im Gesundheitswesen bedeutet mehr Druck auf das Personal und weniger Qualität für die Patienten. Dieser Druck wird in der Bevölkerung wahrgenommen und man merkt an den Urnen, dass der Trend auf Widerstand stösst. Den Leuten ist ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen wichtig und sie sind auch bereit, dafür zu bezahlen. Kritisiert werden insbesondere Privatisierungen im Gesundheitswesen.

Marcel Mesnil (PS Fribourg): Die wirtschaftlichen Anreize sind ein grosses Problem im Gesundheitswesen.

Nadim Ismail: Die bürgerlichen Reformen des Gesundheitswesens sind gescheitert. Löhne des Gesundheitspersonals sind gesunken. Kampf muss weitergehen.

Weitere Wortmeldungen: Ronja Jansen, Loyse Renaud und Pascal Pfister.

Angelo Barrile (NR/ZH): Ist sehr dankbar für zwei Punkte, die im Positionspapier stehen: 1) Die Darstellung der Umwälzung der Kosten auf die Haushalte durch die Prämienexplosion. 2) Die Erwähnung des gefährlichen Kostenwettbewerbs.

Marina Carrobio: Der Fokus des Papiers ist der schädliche Kostenwettbewerb und die Privatisierung (im Spitalwesen). Es geht um eine langfristige Perspektive, auch wenn manche Themengebiete (wie die Langzeitpflege) nicht unbedingt abgedeckt sind.

A-1; SP Kanton St. Gallen: Ergänzung und Präzisierung der Bemessungsgrundlage

Barbara Gysi: Es gibt sehr grosse Unterschiede in den Berechnungen des verfügbaren Einkommens in den Kantonen. Deshalb ist es wichtig, auf nationaler Ebene das Thema zu behandeln.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung teilt die Überlegungen im Änderungsantrag. Sie ist der Ansicht, dass diese Forderung in möglichst allgemeiner und breiter Art gestellt werden soll, um das Feld der zu prüfenden Möglichkeiten nicht einzuschränken. Es versteht sich von selbst, dass im Rahmen der Arbeiten zu Massnahme b) von Kap. 5.1 die im Antrag ausgeführten Überlegungen berücksichtigt werden. Die Geschäftsleitung schlägt folgende Ergänzung vor (betrifft Formulierung in Einleitung sowie Massnahme b):

Alt: ... dass die Prämienbelastung für alle Haushalte auf höchstens 10% des verfügbaren Einkommens begrenzt ist.

Neu: ... dass die Prämienbelastung für alle Haushalte auf höchstens 10% des verfügbaren Haushaltseinkommens begrenzt ist, wobei auch die Vermögenssituation berücksichtigt werden muss. (Massnahme b)

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-2; SP Kanton Aargau: Ergänzung mit neuer Massnahme

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung teilt die Ansicht, dass eine gerechte Finanzierung des Gesundheitssystems eingeführt werden muss. Dies wird auch in der Einleitung des vorliegenden Papiers betont. Die beiden ersten Massnahmen werden als kurz- und mittelfristig erreichbar eingeschätzt. So formuliert, könnte die Massnahme die Forderungen a) und b) hinfällig werden lassen. Um eine gewisse Kohärenz sicherzustellen, wird folgende Formulierung vorgeschlagen:

Neue Massnahme: Längerfristig soll die Finanzierung der obligatorischen Krankenversicherung statt durch eine Kopfprämie einkommensabhängig erfolgen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-3; SP Kanton St. Gallen: Antrag zusätzliche Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme zugunsten A-2

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-4; Adil Koller (SP Baselland), Philipp Wilhelm (SP Graubünden), Andrea Blättler (SP Bern Nord), Stefan Wittlin (SP Basel-Stadt), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Reto Weibel (SP Basel-Stadt): Umformulierung Massnahme b)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Die Geschäftsleitung der SP Schweiz wird beauftragt, eine Volksinitiative auszuarbeiten, mit dem Ziel, die Es braucht eine Begrenzung der Prämienlast für alle Haushalte auf höchstens 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens, wobei auch die Vermögenssituation berücksichtigt werden muss (s. separat traktandierten Antrag A-1 der Geschäftsleitung „Auftrag zur erarbeiten einer Prämien-Initiative“).

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-5; SP Kanton St. Gallen: Umformulierung Massnahme a)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-6; SP Kanton Tessin: Ergänzung mit neuer Massnahme

Gina La Mantia (TI): Die Linke muss nicht nur die Umwandlung von öffentlichen in private Spitäler bekämpfen, sondern auch Initiativen lancieren für die Stärkung des Gesundheitswesens. Erwähnt werden die beiden Initiativen, die im Tessin gerade gesammelt wurden. Sie empfiehlt die Annahme des modifizierten Antrags

Barbara Gysi: Die Geschäftsleitung möchte eine offene Formulierung. Deshalb die Modifikation.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung ist mit den einzelnen Aspekten des Ergänzungsvorschlags einverstanden. Diese sind bereits in anderen Abschnitten genannt, z.B. 5.6 (Kriterien für die Aufnahme auf eine kantonale Spitalliste) oder 5.8 (flächendeckende Gesundheitsversorgung). Folgende Formulierung wird vorgeschlagen, damit der Umfang und die Detaillierung zu den anderen Massnahmen passen.

Neue Massnahme: Die SP Schweiz unterstützt die Kantonalparteien bei der Lancierung von Initiativen und Vorstössen zur Stärkung der öffentlichen Grundversorgung.

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-7; Fabian Molina, Lukas Peter: Ergänzung mit neuer Massnahme

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-8a; SP Kanton Aargau: Ergänzung mit neuer Massnahme

A-8b; Adil Koller (SP Baselland), Philipp Wilhelm (SP Graubünden), Andrea Blättler (SP Bern Nord), Stefan Wittlin (SP Basel-Stadt), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt), Reto Weibel (SP Basel-Stadt): Ergänzung Einleitung zu Forderung 5.1 und neue Massnahme

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme A-8a, Ablehnung A-8b

Begründung: Wie in der Einleitung erwähnt, geht es nicht darum, die Forderung nach einer öffentlichen Krankenkasse fallenzulassen. Im vorliegenden Papier soll die Problematik der Erhöhung der Gesundheitskosten beleuchtet, deren wichtigste Faktoren bestimmt und entsprechende Massnahmen vorgeschlagen werden. In den Augen der Geschäftsleitung ist es zentral, den Schwerpunkt auf die jüngsten Entwicklungen im Gesundheitssystem zu legen, insbesondere auf die Auswirkungen der Einführung der neuen Spitalfinanzierung 2012, was bisher in keinem Dokument der SP behandelt wurde. Die aus der Analyse hervorgehende Hauptthese besagt, dass die Konkurrenz unter den Leistungserbringern den wichtigsten Kostenfaktor darstellt (vgl. auch Kap. 4.2 der Analyse). In diesen Bereichen scheint es deshalb wichtig, mehr oder weniger dringende Massnahmen vorzuschlagen, um die Explosion der Krankenkassenprämien zu stoppen. Das Vorgehen besteht in gewisser Weise auch da-

rin, einen der Hauptkritikpunkte aufzunehmen, die sich in der Analyse des Ergebnisses der Initiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» 2014 zeigten: Die Bevölkerung glaubte nicht an die Möglichkeit, mit einer öffentlichen Kasse die Prämienhöhung bremsen zu können. Dennoch ist auch die Geschäftsleitung der Ansicht, dass die schädliche Konkurrenz zwischen den Krankenkassen ein Problem bleibt und die im Antrag formulierte Forderung durchaus einen Platz im Rahmen dieses Papiers finden kann, das ja genau die Problematik des Wettbewerbs behandelt. Die Geschäftsleitung möchte sich der Formulierung des Antrags A-8a anschliessen. Der Ansatz des vorliegenden Papiers ist eine stärkere Harmonisierung und Standardisierung im Gesundheitsbereich und nicht mehr Föderalismus. Dieser Ansatz gilt auch für das Anliegen der Einführung einer nationalen öffentlichen Krankenkasse. Die Geschäftsleitung steht dem Anliegen, die Einführung kantonaler Kassen ohne nationale Perspektiven zu priorisieren, aus diesem Grund kritisch gegenüber.

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-9; SP Kanton St. Gallen: Ergänzung

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme zugunsten A-8a

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-10; Bea Heim: Umformulierung Massnahme

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-11; SP Kanton Aargau: Abänderung eines Satzes in der Einleitung

Angelo Barrile: erklärt die Wichtigkeit des Antrags

Barbara Gysi: begründet die Modifizierung der Geschäftsleitung

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Begründung: Für das Personal in öffentlichen Spitälern gilt oftmals das Personalrecht der öffentlichen Verwaltung. Gesamtarbeitsverträge werden dann notwendig, wenn ein öffentlich-rechtlich organisierter Betrieb in eine private Rechtsform wie z.B. eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. Zudem wird das Arbeitsgesetz für Ärztinnen und Ärzte oft nicht eingehalten. Die Geschäftsleitung schlägt folgende Formulierung vor:

Neu: [...] und das Personal muss entweder öffentlichem Personalrecht oder einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sein. Das Arbeitsgesetz muss strikt eingehalten werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-12; Juso: Ergänzung Massnahme Punkt 3

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme zugunsten A-11

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-13; SP Kanton Tessin: Ergänzung in Massnahme b)

Gina La Mantia: Die SP Tessin möchte mit dem Antrag die Wichtigkeit der Grundversorgung unterstreichen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-14; Juso: Ergänzung in Einleitung und Anpassungen in Massnahme a)

Luana Schena: begründet den Antrag. Sie setzt u.a. einen Akzent auf die heutige Risikoselektion im Gesundheitssystem und die damit verbundene zwei-Klassen-Medizin.

Brice Touilloux erklärt die Problematik des Wettbewerbs in der SwissDRG und die der Patientenselektion.

Marina Carrobio: Die Abschaffung der SwissDRG ist keine Lösung, auch wenn die GS mit der Kritik der JUSO am System einverstanden ist. Deshalb empfiehlt die GS die Ablehnung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Es ist richtig, dass SwissDRG einer «Wettbewerbslogik» entstammt. Das Hauptproblem ist der Zwang zur Erzielung von Gewinnen, der daraus resultiert, dass die Investitionen aus den Fallpauschalen refinanziert werden müssen. Dies wird im Abschnitt 5.10 thematisiert und als Massnahme wird gefordert, dass die Investitionen wieder durch die Kantone finanziert werden müssen. Ein Wechsel zu Tagespauschalen würde neue und andere Probleme schaffen, wie z.B. Anreize zu einer Verlängerung der Aufenthaltsdauer in den Spitälern.

Beschluss der Delegiertenversammlung: der Antrag ist abgelehnt (JA: 58 / NEIN: 79)

A-15; Fabian Molina, Lukas Peter: Ergänzung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-16; Fabian Molina, Lukas Peter: Ergänzung mit neuer Massnahme

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-17; Fabian Molina, Lukas Peter: Ergänzung mit neuer Massnahme

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-18; SP60+: Ergänzung mit neuer Massnahme

Rolf Zimmermann: Es braucht eine sozialdemokratische Analyse der Problematik der Langzeitpflege.

Barbara Gysi: die GS empfiehlt die Annahme. Die (ambulante) Langzeitpflege wurde in dem Papier nicht behandelt weil dieses Thema ein eigenes Positionspapier braucht.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Begründung: Wie die Geschäftsleitung in der Einleitung dieses Papiers ausführt, wird sich die SP in den kommenden Monaten dem Thema der Langzeitpflege widmen. Sowohl die Form als auch die Ressourcen bleiben dabei zu klären.

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-19; SP Kanton Aargau: Änderung Massnahme b)

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Begründung: s. Begründung A-11. Die Geschäftsleitung schlägt folgende Formulierung vor: Die Löhne und Anstellungsbedingungen des Personals von prämien- und steuerfinanzierten Gesundheitsbetrieben müssen die Standards öffentlicher Betriebe erfüllen oder über einen Gesamtarbeitsvertrag geregelt werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

A-20; Juso: neue Forderung mit Massnahmen als Ergänzung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: stillschweigend genehmigt

Beschluss Delegiertenversammlung: Das „Gesundheitspapier“ wird einstimmig angenommen.

A-1 der GL: Auftrag zur Erarbeitung einer „Prämien-Initiative“

Géraldine Savary (SR VD) Diese Initiative behandelt das wichtigste Problem Schweizer Haushalte: die Höhe der Krankenkassenprämien. Medizinische Behandlungen werden zu einem Armutsfaktor. Der Bund und die Kantone müssen zur Finanzierung der Prämien beitragen und die Steuern müssen so angepasst werden, dass die Prämien solidarischer abgesetzt werden können.

Ronja Jansen: Die Vorgehensweise ist scheindemokratisch: die Basis hätte viel mehr eingebunden werden sollen.

Angelo Barrile: Das Initiativprojekt ist eine Notwendigkeit im heutigen Kontext.

Marina Carrobio: Es wird ein Auftrag an die SP Schweiz gegeben, eine Initiative auszuarbeiten. Das fertige Produkt wird basisdemokratisch diskutiert. Es geht heute nicht darum, eine Initiative zu lancieren. Sie erinnert auch, dass es für eine Initiativlancierung eine zwei Drittelmehrheit benötigt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Angenommen (3 Gegenstimmen, 7 Enthaltungen)

A-2 der Coordination romande auf Unterstützung der Initiative „Für ein von den Krankenkassen unabhängiges Parlament“

Florence Nater: erklärt in groben Zügen die Initiative.

Tamara Funciello (Präsidentin Juso): argumentiert für eine Annahme.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Unterstützung der Initiative

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme (3 Nein, 2 Enthaltungen)

8. Kurzfilm von Matto Kämpf „4000 SWISS FRANKCS UTfr“**9. Statutarische Geschäfte****Genehmigung Jahresrechnung 2016**

Leyla Gül: Jahresrechnung schliesst mit einem kleinen Plus von CHF 4000 ab. Die guten Fundraising-Einnahmen haben es der SP erlaubt, Rückstellungen zu machen und die Kantonalparteien am Fundraising zu beteiligen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen oder Fragen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Annahme einstimmig genehmigt

Wahl der Revisionsstelle

Empfehlung der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung, BERO Treuhand AG, Roland Laube, Gelterkinden, für die Jahre 2017 und 2018 als Revisionsstelle zu wählen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: BERO Treuhand wird einstimmig gewählt.

10. Resolutionen, Anträge und WahlgeschäfteR-1 der GL: Nicht mit uns: Klare Absage an den Grossangriff auf das Arbeitsgesetz

Wortmeldung:

Beat Jans erklärt die Sachverhalte der Resolution und fordert namens der Geschäftsleitung die Delegierten auf, die Resolution zu unterstützen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

R-2 der SP Frauen*: Offensiv zur Gleichstellung!

Wortmeldungen:

Verena Hofmänner: erinnert daran, dass die Armut auch in der Schweiz weiblich ist. Die SP Frauen* stehen für eine effektive Lohngleichheit ein. Das zweite Anliegen ist die Anerkennung der Lobbyisten der Frauenorganisationen.

Virginia Köpfli erläutert die wichtigsten Punkte der Resolution.

Natascha Wey erklärt die Argumente der SP Frauen*.

Roger Nordmann (NR VD) begründet den Vorschlag zur Annahme der GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

R-3 SP60+: EL-Reform – Zurück an den Absender!

Wortmeldungen:

Hansjürg Rohner: erläutert die Position der SP60+. Es ist noch nicht zu spät, die Vorlage im NR zurückzuweisen. Die Arbeit an der Reform hat bereits begonnen.

Barbara Gysi (NR SG): erläutert die Position der GL. Die vorgelegte Resolution bringt die Partei nicht weiter.

Wortmeldung von Heinz Gilomen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Beschluss der Delegiertenversammlung: Ablehnung (deutliche Mehrheit)

R-4 SP60+: Lempert et al: Für eine Luftpolizei und gegen die Missachtung der Demokratie!

Lewin Lempert (Juso) erläutert die Position der Antragsteller und ist mit der Sistierung einverstanden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Sistierung

Beschluss der Delegiertenversammlung: Sistierung angenommen.

11. Schluss / Apéro

Flavia Wasserfallen schliesst die Delegiertenversammlung, dankt allen für die Anwesenheit und der SP Kanton Freiburg und dem Kanton Freiburg. Des Weiteren bedankt sie sich bei den DolmetscherInnen, bei Stefan Merki und seinem Team von x-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP in Bern.